Fachinformationen Energierecht / Umweltrecht, Dienstag, 28. Februar 2023

Nationales Begleitgremium: Veranstaltungsreihe „Endlagersuche dauert länger - was nun?“

Die Endlagersuche wird länger dauern, als ursprünglich vorgesehen – diese Nachricht wurde im November 2022 öffentlich und sorgte für viel Aufmerksamkeit. Die Entscheidung, wo das zukünftige Endlager hinkommen soll, wird nun zwischen 2046 und 2068 angepeilt – eine Verzögerung um Dekaden. Während viele Fachleute schon damit gerechnet hatten, war die Überraschung in der breiten Öffentlichkeit groß.

Und nun? Das Nationale Begleitgremium (NBG) will in einer Veranstaltungsreihe den veränderten Zeitplan unter die Lupe nehmen und darüber diskutieren, welche Konsequenzen die Verzögerung für die unterschiedlichen Aspekte des Verfahrens hat. Die Veranstaltungen finden online per WebEx-Videokonferenz statt. Zudem besteht die Möglichkeit, die Diskussion im Livestream auf dem YouTube-Kanal des NBG zu verfolgen.

Los geht es am **21. März 2023 von 18:00 bis 20:00 Uhr** mit dem **Thema Zwischenlagerung**. Die ersten Genehmigungen der Zwischenlager in Deutschland laufen zwischen 2034 und 2036 aus. Da ist noch kein Endlager in Sicht. Durch die jetzige zeitliche Verzögerung stellt sich die Frage: Was bedeutet es für die Sicherheit der oberirdischen Zwischenlager, wenn die hoch radioaktiven Abfälle nun dort um Jahrzehnte länger lagern müssen? Eine zentrale Frage, wenn man bedenkt, dass diese auch Ziel von kriegerischen Angriffen werden könnten, wie der Blick in die Ukraine zeigt.

Was benötigen die Regionen, in denen Zwischenlager stehen und wer trägt eigentlich die Kosten? Diese und weitere Fragen sollen gemeinsam mit unseren Gästen diskutiert werden. Geladen sind Vertreter*innen der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen in Deutschland (ASKETA), des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und der Entsorgungskommission (ESK). Hier geht es zur Anmeldung für diese Veranstaltung.

Am **30. März 2023 von 18:00 bis 20:00 Uhr** wird der Fokus auf die **Geologie** gerichtet. Die Nutzung des geologischen Untergrundes ist bis zur Standortentscheidung in allen potentiell geeigneten Gebieten eingeschränkt. Wie wirken sich die geltenden Sicherungsvorschriften des Standortauswahlgesetzes auf die Nutzung von Geothermie und Grundwasser aus? Gibt es Möglichkeiten, die Standortauswahl zu beschleunigen, ohne bei Sicherheitsaspekten und der Sorgfalt im Verfahren Abstriche zu machen? Diese und weitere Fragen sollen gemeinsam mit unseren Gästen diskutiert werden. Geladen sind u.a. Vertreter*innen der Staatlichen Geologischen Dienste der Länder, der universitären Forschung, der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Hier geht es zur Anmeldung für diese Veranstaltung.

Weitere Themen sind in Planung und werden auf der NBG-Website bekanntgegeben. Das NBG lädt Sie herzlich zur Teilnahme ein und freut sich auf eine spannende Diskussion! Bei Fragen kontaktieren Sie uns gerne telefonisch unter 030 8903 5655 oder per E-Mail geschaeftsstelle@nationales-begleitgremium.de

(Quelle: Geschäftsstelle Nationales Begleitgremium, 23. Februar 2023)